Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 62 (1975)
Heft: 1-2

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schulfreier Samstag?

41 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer wünschen einen schulfreien Samstag. Dies ergab eine Repräsentativerhebung des VSMF (Verband Schweizerischer Marktforscher) in 600 000 Haushaltungen. Nur 32 Prozent sind gegen eine Fünftagewoche und 27 Prozent äusserten keine Meinung.

Als besonders neuerungsfreundlich erwies sich mit 50 Prozent Befürwortern die französischsprachige Schweiz, in der deutschen Schweiz waren es lediglich 38 Prozent. Die Befürworter finden sich vorwiegend in grösseren Städten, und es sind in erster Linie Männer, nämlich 46 Prozent gegenüber 36 Prozent Frauen. Unter den weiblichen Anhängern der Fünftagewoche figurieren mehr Berufstätige (45 Prozent) als Hausfrauen (33 Prozent). Eine Verlagerung der Schulstunden auf die übrigen Werktage wurde von 52 Prozent der Befürworter als wünschenswert empfunden, der Wegfall eines freien Nachmittags von 32 Prozent. Nur 12 Prozent verlangten zum Ausgleich kürzere Ferien.

Die Frage nach der Einführung des schulfreien Samstags dürfte sich vorerst in den Westschweizer Kantonen stellen, da dort die Ja-Stimmen überwogen. Knapp befürwortend zeigten sich auch die Kantone Zürich, Bern, Luzern und die Stände der übrigen Zentralschweiz, während St. Gallen den grössten Anteil an Gegnern aufbrachte.

CH: Nationalrat Müller-Marzohl im Wissenschaftsrat

Anstelle von Simon Kohler, Erziehungsdirektor des Kantons Bern und neugewählter Nationalratspräsident, hat der Bundesrat auf Vorschlag der Schweizerischen Hochschulkonferenz den Waadtländer Erziehungsdirektor, Staatsrat Raymond Junod, für den Rest der bis Ende 1976 laufenden Amtszeit als Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates gewählt. Der Bundesrat hat damit dem Rücktrittsgesuch des Nationalratspräsidenten unter Verdankung der geleisteten Dienste entsprochen. Wie das Eidgenössische Departement des Innern mitteilte, sind für die gleiche Zeitdauer ausserdem Frau Elisabeth Michel-Alder, Sekretärin der Kommission für Studienreform, Zürich, Nationalrat Alfons Müller-Marzohl, Leiter der Arbeitsstelle für Bildungsfragen, Luzern, zu Mitgliedern des Wissenschaftsrates gewählt worden.

BE: Massnahmen gegen Lehrerüberfluss?

An ihrer von 350 Mitgliedern besuchten Jahrestagung hat die Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminarien im deutschsprachigen Kantonsteil in Bern eine Resolution verabschiedet; darin wird «mit Besorgnis» zur Kenntnis genommen, dass eine «grössere Anzahl» junger Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Bern keine Stelle finden wird. Die Vereinigung fordert die kantonale Erziehungsdirektion auf, rechtzeitig «geeignete Massnahmen» zu ergreifen, um einen «Lehrerüberfluss» abzufangen.

Zu prüfen ist nach Ansicht der ehemaligen bernischen Staatsseminaristen insbesondere der «sinnvolle Einsatz» von stellenlosen Lehrkräften als Stellvertreter für Beurlaubte, die Verlängerung und Verbesserung der Ausbildung (fünftes Seminarjahr), eine Verschärfung der Aufnahmepraxis in den Seminarien und der Ausbau der Weiterbildung. Es sollte alles vorgekehrt werden, damit sich eine Situation, wie sie in den dreissiger und vierziger Jahren herrschte, nicht wiederhole. Die Vereinigung erwartet, dass die Erziehungsdirektion so bald wie möglich die Öffentlichkeit darüber informiert, welche Vorkehren sie zu treffen gedenkt.

BE: Höhere Stipendien im Kanton Bern

Der bernische Regierungsrat hat die Stipendienansätze auf den 1. April 1975 erhöht. Der Bund seinerseits setzte seine Beiträge an die Stipendienaufwendungen des Kantons Bern für die berufliche Ausbildung um vier Prozent auf 34 Prozent hinauf, während die Erhöhung für alle anderen Ausbildungsrichtungen 15 Prozent (von 45 auf 60 Prozent) beträgt. Entsprechend den höheren Bundesbeiträgen werden die Stipendienansätze wie folgt verbessert: Lehrlinge 4260 (bisher 3500 Franken, berufliche Weiterbildung für Ledige 5990 (4260) Franken, für Verheiratete 9400 (9240) Franken. Für alle andern Ausbildungsrichtungen erhalten Unmündige (ledig) künftig 7200 (4500) Franken, Mündige (ledig) 9000 (6000) Franken, Verheiratete 16 000 (12 000) Franken. Der Zuschlag pro Kind beläuft sich auf 1000 Franken.

Entgegen der bisherigen Regelung gelten die neuen Ansätze sowohl für den ersten als auch für den zweiten Bildungsweg. Gleichzeitig wurden, laut offizieller Information, die Stipendien für Verheiratete des ersten Bildungsweges verbessert. Früher galt für sie derselbe Ansatz wie für die Ledigen.

BE: Burgdorfer Schulstreit spitzt sich zu

Der Beschluss der Burgdorfer Exekutive, einen bestausgewiesenen Primarlehrer wegen Militärdienstverweigerung zu entlassen, zieht weitere Kreise: Zum Protest der Eltern gesellt sich jener der Primarlehrerschaft, die sich ebenfalls für den Entlassenen einsetzt. Die Schuldirektorin der Stadt Burgdorf, Gemeinderätin Bertha Zeller, hat mit dem Rücktritt vom Schulressort gedroht. Stadtpräsident Werner Lüthi erklärte an einer Pressekonferenz, der Gemeinderat halte an seinem Entscheid fest.

LU: Luzern als Beispiel

Die interessantesten Ergebnisse auf dem Gebiet der Aufgabenhilfe für fremdsprachige Kinder liefert der Kanton Luzern. Dies stellt die Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem (Vorsitz: Bundesrichter Heil) in einem Communiqué fest. Im Kanton Luzern wurden in 10 grösseren Agglomerationen auf Initiative von Frauengruppen 31 Aufgabenzentren gegründet. Rund 500 Frauen nehmen sich ehrenamtlich dreimal pro Woche während je gut zwei Stunden 600 bis 700 Kindern an. Dabei gehe es nicht darum, den Lehrer zu ersetzen, sondern den Kindern anstelle der Eltern bei den Hausaufgaben zu helfen. Nach Auffassung der Kommission ist die Aufgabenhilfe, die es auch noch in den Kantonen Bern, Zug, Basel-Stadt, Basel-Land, St. Gallen, Waadt und Genf gibt, geeignet, die Eingliederung der fremdsprachigen Kinder in die Volksschule zu erleichtern. Sie soll auch Schweizer Kindern offenstehen. Die Vertreter kantonaler und städtischer Arbeitsgemeinschaften für Ausländerfragen kamen an einer Sitzung mit der Konsultativkommission überein, bis nächsten Frühling Vorschläge für die Aufgabenhilfe auszuarbeiten.

OW: GV des kant. Lehrervereins im Zeichen von Denkmalpflege und Heimatschutz

Der kantonale Lehrerverein Obwalden benützte die ordentliche Generalversammlung in Engelberg, um die Lehrerschaft für das kommende Europäische Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz einzustimmen. Der Vorstand hatte mit der Wahl des Referenten in der Person von Herrn Oberförster Leo Lienert, Sarnen, einen guten Entscheid getroffen.

ZG: Seminar St. Michael: Dr. Leo Kunz tritt zurück

Nach über dreissigjähriger Tätigkeit im Dienst der Jugend, zuerst als Rektor des Kollegiums St. Michael, dann als Inspirator der Neugründung des Freien katholischen Lehrerseminars St. Michael und als dessen Direktor seit 1958, tritt Mgr. Dr. Leo Kunz auf Herbst 1975 von der Seminarleitung zurück. Im Einvernehmen mit dem Bischof von Basel wurde als sein Nachfolger Pater Werner Hegglin, Dr. phil., bezeichnet. Der neue Direktor steht im 40. Altersjahr und gehört der Gemeinschaft der Schönstattpatres an. Neben seiner Tätigkeit an Schulen verschiedener Stufen war P. Hegglin auch mit dem Aufbau der Weiterbildungskurse für Priester der Bistümer Basel und Chur betraut.

BS: Zulassungsregelung an der Universität

Gegen die vom Basler Grossen Rat mit deutlicher Mehrheit verabschiedete Vollmacht an die Regierung, den Numerus clausus sowie Studienzeitbegrenzungen einzuführen, falls die Zahl der vorhandenen Studienplätze nicht mehr ausreicht, ist bekanntlich von studentischer Seite das Referendum ergriffen worden. Von jenen Parteien, die sich bisher dazu geäussert haben, befürworten nicht nur die Freisinnigen, sondern interessanterweise auch die Sozialdemokraten diese Massnahme, was zeigt, dass die Notwendigkeit einer allfälligen Einschränkung des völlig freien Zugangs zur Universität keineswegs nur von bürgerlicher Seite anerkannt wird. Dabei hat die Regierung ausdrücklich erklärt, dass von der Zulassungsregelung die Studierenden aus dem eigenen Kanton nicht betroffen werden sollen, womit sie sich allerdings in Widerspruch zu einer erst vor kurzem herausgegebenen Empfehlung der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz gestellt hat. Sie nimmt dies aber bewusst in Kauf, weil sie ins Feld führen kann, dass sich Basel mit einem Anteil von auswärtigen Studierenden in der Höhe von fast zwei Dritteln in einer Ausnahmesituation befindet. Ausserdem ist nicht zu übersehen, dass die geplante Mitträgerschaft von Baselland, welche die Übernahme eines steigenden prozentualen Anteils der Betriebskosten vorsieht, kaum zu verwirklichen ist, sofern nicht dem Nachbarkanton eine verbesserte Kontrolle des Gesamtaufwands in Aussicht gestellt werden kann.

BS: Basler Experten sagen Ärzteüberfluss voraus

Wenn in der Schweiz keine Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium erlassen werden, überschreitet die Zahl der Ärzte bald die von der Weltgesundheitsorganisation WHO aufgestellten Richtzahlen. Bei gleichbleibender Zahl der Neuimmatrikulationen und gleichbleibender Dauer der Ausbildung nach dem Staatsexamen muss die Zahl der Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren um 50 bis 80 Prozent erhöht werden – oder eine entsprechende Zahl von Ärzten kann nach dem Staatsexamen nicht weiter ausgebildet werden. Zu diesem Schluss kommt eine vom Basler Sanitätsdepartement eingesetzte Expertenkommission.

BL: Umstrittene Fünftagewoche in der Schule

Abgelehnt sowohl von der Baselbieter Regierung wie auch vom Landrat wird die von der Christlichdemokratischen Volkspartei eingereichte Initiative auf Einführung der Fünftagewoche in der Schule. Nach Ansicht der Gegner wären die Nachteile grösser als die Vorteile, wobei insbesondere der pädagogische Grund ins Feld geführt wird, dass die Aufnahmefähigkeit der Schüler in den Vormittagsstunden grösser sei als am Nachmittag. Ferner würde eine solche Umstellung verschiedene organisatorische Schwierigkeiten mit sich bringen, insbesondere hinsichtlich der Auslastung der teuren Spezialräume. Schliesslich wird von der Regierung darauf hingewiesen, dass ein «basellandschaftliches Extrazüglein» einen weiteren Schritt in die «Nichtkoordination» des nordwestschweizerischen Schulwesens bedeuten würde.

SG: Schulverschmelzung in Gossau

In getrennten Abstimmungen haben die Stimmberechtigten der katholischen Primarschulgemeinde und der evangelischen Schulgemeinde Gossau ihrer Verschmelzung zur Primarschulgemeinde Gossau auf den 1. Januar 1977 zugestimmt. Die katholischen Primarschulbürger hiessen die Vorlage mit 1532 Ja gegen 593 Nein, die evangelischen Schulbürger mit 728 Ja gegen 35 Nein gut. Die katholischen Stimmbürger stimmten ferner mit 1888 Ja gegen 241 Nein der Übernahme von 11 durch den Katholischen Frauen- und Mütterverein Gossau geführten Kindergärten durch die Schulgemeinde zu.

AG: Aargauer Grosser Rat verabschiedet Schulabkommen

Der Aargauer Grosse Rat hat ohne Gegenstimme ein regionales Schulabkommen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Luzern und Solothurn verabschiedet. Dieses bringt eine einheitliche Abgeltung für den Besuch ausserkantonaler Schulen und offeriert den Schülern der Grenzregionen ein optimales Angebot.

AG: Keine Lehrer für Einschulungsklassen

Mit grosser Mehrheit hat der Aargauische Grosse Rat an einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, 370 000 Franken zu sparen. Anstelle der vom Erziehungsdepartement beantragten 104 zusätzlichen Lehrstellen, wurden für das kommende Jahr bloss deren 86 bewilligt. Das sei immerhin auch etwas, wurde gesagt. Die bewilligten Zusatzstellen werden einerseits der zusätzlichen Kinder wegen und andererseits für den Abbau der zu hohen Klassenbestände gebraucht. Die vom Grossen Rat gestrichenen 18 Stellen waren für Lehrer von Einschulungsklassen und von Werkjahren für Hilfsschüler vorgesehen.

TG: Thurgau erhält Kindergärtnerinnenseminar

Der Thurgau wird im nächsten Herbst ein eigenes Kindergärtnerinnenseminar erhalten. Da dem Kanton die gesetzliche Handhabe fehlt, ergriff die Schulgemeinde Amriswil die Initiative zur Errichtung eines Seminars.

TI: Umstrittene Sexualkunde

Die Staatsanwaltschaft des Sottoceneri hat vor kurzem Crivelli, den Verfasser dreier im katholischen Kirchenblatt, dem «Giornale del Popolo», veröffentlichter Artikel gegen die Einführung der Sexualkunde in der Schule, zur Übernahme von Kosten und zur Zahlung einer Busse von 1200 Franken verurteilt und damit die Klage zweier Lehrer aus Stabio wegen Verleumdung gutgeheissen. Die Gegenklage des Artikelschreibers wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften durch die besagten Lehrer wurde vom untersuchenden Staatsanwalt abgewiesen.

VD: Schulschwänzen leichter machen!

Vierhundert Schüler des Gymnasiums Lausanne haben in einer Petition die Abschaffung der Entschuldigungen und der Bestrafungen bei Absenzen verlangt. Der Rektor der Schule lehnte diese Forderungen ab, worauf eine Schülergruppe in einem Communiqué bekanntgab, der Kampf für die Abschaffung der schriftlichen Entschuldigungen werde weitergeführt.

Bis zum Beginn dieses Schuljahres hatten die Schüler ihre Entschuldigungen selbst geschrieben. Diese wurden am Ende jeden Monats an die Eltern zurückgeschickt. Neuerdings müssen nun die Entschuldigungen von den Eltern geschrieben werden und innerhalb von drei Tagen in der Schule abgegeben werden, andernfalls wird der Schüler bestraft. Die Gymnasiasten lehnen sich nicht nur gegen die Verschärfung der Absenzenkontrolle auf, sondern sie fordern das Recht, selbst entscheiden zu können, ob sie die Schulstunden besuchen wollen oder nicht.